

„Die den Sturm ernten - Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte“

Kommentar François Cellier, Vizepräsident der ASPO Schweiz zum neusten Buch von Michael Lüders

Im Vorstand der ASPO Schweiz besprechen wir jeweils gemeinsam, welche Themen sich für die nächsten monatlichen Newsletter eignen könnten. Ich erklärte mich bereit, das neuste Werk von Michael Lüders zu besprechen. Lüders ist bei der ASPO Schweiz kein unbeschriebenes Blatt, hat er doch an unserer Jahrestagung 2015 zum Thema „Erdöl und Konflikte: Mittlerer Osten“ einen Vortrag gehalten. Lüders weiss, wovon er schreibt, da er viele Jahre lang als Korrespondent der Zeitschrift *Die Zeit* im mittleren Osten weilte und sowohl die Kulturen als auch die politischen Gegebenheiten dieser Region aus eigener Erfahrung kennt.

Ich erwartete, ein Buch zu lesen, in dem die Rolle fossiler Brenn- und Heizstoffe in der politischen Entwicklung der Region ausführlich erörtert wird. In diesem Punkt wurde ich enttäuscht. Zwar verschweigt Lüders keineswegs, dass der Zugang zu Erdöl und Erdgas die politischen Entscheidungen signifikant mitgeprägt hat, aber für ihn sind dies Nebenschauplätze. Er befasst sich primär mit der Machtpolitik im Mittleren Osten, der Ausdehnung und Konsolidierung der amerikanischen Einflussphäre.



Lüders Bericht beginnt in Syrien im Jahre 1949. In Syrien war zu jener Zeit der demokratisch gewählte Präsident Schukri al-Quwatli an der Macht. Aramco wollte eine neue Öl-Pipeline von Saudi-Arabien zur libanesischen Stadt Sidon verlegen, um Europa mit Erdöl zu versorgen. Da aber 1948 Israel gegründet worden war, hätte die Pipeline mit einem Umweg über die syrischen Golanhöhen gebaut werden müssen. Al-Quwatli und die Mehrheit des syrischen Parlaments widersetzten sich jedoch diesem Projekt. Darum beschloss Washington, dass al-Quwatli durch einen gefügigeren Machthaber in Damaskus ersetzt werden müsse. Bald war auch schon ein „nützlicher Idiot“ in der Person des Drusenführers Husni Zaim gefunden, der sich voll hinter Washington stellte und zudem versprach, Friedensverhandlungen mit Israel aufzunehmen. Ein von der CIA logistisch und finanziell begleiteter militärischer Coup ging am 30. März 1949 nahezu unblutig über die Bühne. Zaim wurde neuer Präsident Syriens. Er sollte sich allerdings seiner neuen, aus zweiter Hand gewonnenen, Machtfülle nicht lange erfreuen. Nach nur 136 Tagen im Amt war er tot, erschossen auf Veranlassung des nächsten Putschisten.

Ideologie des „Regime Change“

Mit dem erfolgreichen Umsturz im Jahr 1949 in Syrien war die Ideologie des „Regime Change“ geboren, die uns von den Colorrevolutionen in Osteuropa und dem Kaukasus der vergangenen Jahre her bestens bekannt ist. Nach einem fast identischen Drehbuch wie zuvor in Damaskus wurde 1953 in Iran der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mohammad Mossadegh von Amerika und England orchestriert seines Amtes enthoben, da er sich geweigert hatte, die iranische Erdölindustrie für amerikanische Ölfirmen zu öffnen.

Washington fand Geschmack an dieser Vorgehensweise. So schrieb Miles Copeland, Jr. (1913-1991), Musiker und CIA Agent: „In den folgenden zwei Jahrzehnten gehörten dieser Putsch [Syrien, 1949] und seine Abläufe zum Ausbildungsprogramm von CIA-Agenten“. Seither werden Regierungen von Ländern, die nicht nach der Pfeife Washingtons tanzen wollen, systematisch dämonisiert; Provokateure werden eingeschleust, deren Aufgabe es ist, das Regime zu schwächen. Wenn möglich wird die so destabilisierte Regierung in einem Staatsstreich entfernt und durch eine neue Regierung ersetzt, die bereit ist, sich Washingtons Vorgaben zu unterwerfen.

Assads Sturz war bereits 2003 beschlossene Sache, als Syrien der „Achse des Bösen“ zugeordnet wurde. Der Regierung in Damaskus wurde vorgeworfen, Terroristen zu unterstützen. Gemeint waren Hisbollah und Hamas. Nachdem sich im letzten Waffengang im Libanon die Hisbollah für die israelische Armee als unerwartet starker Gegner erwiesen hatte, war Israel daran gelegen, den Nachschub der Hisbollah an Waffenlieferungen aus dem Iran auf dem Umweg über Syrien zu unterbrechen. Somit war Israel an einem Machtwechsel in Damaskus mehr als nur interessiert, und Washington schloss sich dieser Beurteilung der Sachlage an.

Streitapfel Gaspipeline

Bereits im Jahr 2000 gab das Golfemirat Katar Pläne für den Bau einer 1500 km langen Gas-Pipeline bekannt, die durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien in die Türkei führen sollte. Durch diese Pipeline sollte Europa mit Erdgas aus der Golfregion beliefert werden. Russland sah dies als eine potenzielle Untergrabung seines Monopols für russische Gaslieferungen nach Europa an und ersuchte Assad, die Verlegung dieser Pipeline über syrisches Gebiet zu untersagen. 2009 kam das endgültige Aus, als Assad erklärte, er werde einem Verlauf der Pipeline über syrisches Gebiet nicht zustimmen, „um die Interessen unseres russischen Verbündeten zu wahren“. Dies besiegelte Assads Schicksal in den Augen Washingtons. Assad musste weg, wie hoch der Preis für seine Absetzung auch sein mochte.

Gründung des Islamischen Staates

Nach der Amtsenthebung Saddam Husseins im Irak begann Paul Bremer, US Besatzungsverwalter, im Mai 2003 mit den Entlassungen von Sunniten und Mitgliedern der Baath Partei aus der Armee und der Verwaltung. Die 400'000 Entlassungen aus der Armee erfolgten ohne reguläre Demobilisierung und Entwaffnung. Die Marginalisierung der Sunniten wurde unter der später eingesetzten schiitisch dominierten Regierung fortgesetzt, die sunnitische Beamte, unter denen die Schiiten zuvor gelitten hatten, aus allen wichtigen Ämtern entfernte. Der sunnitisch dominierte Westen des Iraks lehnte sich gegen die neuen Machthaber in Bagdad auf, und so kam es zur Gründung des Islamischen Staates. Als Assad seine Truppen aus den östlichen Regionen Syriens zurückziehen musste, um die dicht besiedelten Gebiete im Westen besser zu schützen, entstand im Osten des Landes ein Machtvakuum, das prompt von den Dschihadisten ausgenutzt wurde. So etablierte sich der IS auch im Osten Syriens. Während Washington den IS im Irak bekämpft, werden dieselben Dschihadisten in Syrien insgeheim unterstützt, da sie dem höheren Ziel dienen, Assads Regime zu schwächen, und aus amerikanischer Sicht vielleicht sogar dazu instrumentalisiert werden können, Assad aus Damaskus zu vertreiben. Um die Dschihadisten („nützliche Idioten“) will sich Washington dann später in einem zweiten Anlauf kümmern. Zunächst geht es darum, den Sturz Assads voranzutreiben.

Obama schachmatt gesetzt

Präsident Obama liess sich nur sehr widerwillig für die Ränkespiele des Aussenministeriums und der CIA instrumentalisieren. Immerhin liess er sich dazu überreden, im August 2012 eine „rote Linie“ zu ziehen, ein Entscheid, den er vermutlich später bereute. Er liess verlauten, dass der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien unweigerlich das amerikanische Militär auf den Plan rufen würde. Es kam, wie es kommen musste. Fast genau auf den Tag ein Jahr später kamen Chemiewaffen in Syrien zum Einsatz. Das Giftgas Sarin wurde gegen Aufständische in Ghouta, einem sunnitischen Vorort südöstlich von Damaskus, eingesetzt. Somit war für jedermann ersichtlich, dass Assad Chemiewaffen gegen das eigene Volk zum Einsatz brachte. Die „rote Linie“ war überschritten, und das Aussenministerium frohlockte, denn damit hatte es Obama schachmatt gesetzt. Dieser konnte sich nun einer amerikanischen militärischen Intervention in Syrien kaum mehr widersetzen.

Zwar hegten die Analysten der amerikanischen Geheimdienste ihre Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung, dass Assad den Einsatz von Chemiewaffen befohlen habe, denn das Assad-Regime besaß keine Raketen, mit denen es diese chemischen Waffen über die erforderliche Distanz transportieren konnte, aber um es mit den Worten von Boris Johnson zu sagen: „Never let the truth get in the way of a good story“. Das Aussenministerium blieb bei seiner Behauptung, dass es „klare Beweise“ für Assads Schuld gebe. Obama aber machte einen Rückzieher und verfügte, dass das amerikanische Militär nicht intervenieren werde, bis Beweise für Assads Urheberschaft vorlägen.

Freiheit und Demokratie verkommen in der Geopolitik zu purem Zynismus

Lüders schliesst mit den Worten: „Wie geht man damit um, wenn die grössten Errungenschaften unserer Zeit, nämlich Freiheit und Demokratie, in der Geopolitik zu purem Zynismus verkommen? Wie lässt sich angesichts der hier vorgetragenen Faktenlage allen Ernstes behaupten, westliche Politik stehe für „Werte“, im Gegensatz etwa zu russischer oder chinesischer? Diese und vergleichbare Fragen sind keine Gedankenspielerei, sie berühren die Grundfesten einer offenen Gesellschaft. Denn eine Realpolitik, die nur die Wirklichkeit der Macht, nicht aber die Wirksamkeit der Werte anerkennt, mag in einem autoritären Staatswesen möglich sein. Eine Demokratie, die sich einer solchen Auffassung von Politik verschreibt, gerät in einen Widerspruch zu ihren normativen Grundlagen und damit in eine schwere Legitimationskrise.“

Lüders Buch liest sich flüssig und spannend. Als ausgebildeter Journalist versteht er sich auf sein Handwerk. Er weiss, was es braucht, um seine Leser zu fesseln, und dies gelingt ihm meisterlich.

Kriege werden erzählt, nicht anders als Geschichten

Ich möchte nun aber noch auf einen Punkt eingehen, den Lüders im Vorwort zu seinem Buch anspricht. Dort schreibt er: „Kriege werden erzählt, nicht anders als Geschichten. Die jeweiligen Erzählungen bestimmen das Bild in unseren Köpfen, unsere Sicht auf Konflikte. Wir wissen, oder glauben zu wissen, wer schuldig ist und wer nicht, wer die Guten sind und wer die Bösen. Im Falle Syriens ist die vorherrschende Sichtweise in etwa diese: Das verbrecherische Assad-Regime führt Krieg gegen das eigene Volk, unterstützt von den nicht minder skrupellosen Machthabern in Moskau und Teheran. Die syrische Opposition, gerne als „gemässigt“ bezeichnet oder als „das“ syrische Volk schlechthin wahrgenommen, befindet sich in einem verzweifelten Freiheitskampf, dem sich der Westen nicht verschliessen kann. Andernfalls stünde seine Glaubwürdigkeit auf dem Spiel, würde er seine „Werte“ aufgeben, ja verraten. Längst hätten wenigstens die USA militärisch intervenieren sollen, im Namen der Freiheit!

... Leider greift diese Rahmenerzählung, das Narrativ hiesiger Politik wie auch der Medien, viel zu kurz. Die Verbrechen Assads sind offenkundig, doch ersetzt die moralische Anklage nicht die politische Analyse. Die Berichterstattung über Syrien erschöpft sich vielfach in der Darstellung menschlichen Leids als Ergebnis der Kriegsführung Assads und seines russischen Verbündeten. Deren Verantwortung für Tod und Zerstörung ist aber nur ein Teil der Geschichte. Die übrigen, die fehlenden Teile werden meist gar nicht erst erzählt.“

Journalisten, Sprachrohre der Politik

Wie ist es möglich, dass Heerscharen ausgebildeter Journalisten, deren Ausbildung sie dazu befähigen sollte, die Spreu vom Weizen trennen zu können, die in der Lage sein sollten, zu erkennen, was *Fakten* und was *Fabrikationen* sind, einer Propagandamaschinerie auf den Leim gehen, die es darauf abgesehen hat, uns vorzugaukeln, was sie für nützlich erachtet, die nach Belieben mit Fabrikationen um sich wirft, die lügt, dass die Balken brechen? Um dies zu verstehen, müssen wir den Bogen wiederum etwas weiter schlagen.

Der Vietnamkrieg wurde von Amerika nicht auf dem Schlachtfeld, sondern an der Heimatfront verloren. Die amerikanische Öffentlichkeit war ab einem gewissen Zeitpunkt nicht länger gewillt, diesen Krieg mitzutragen. So wurde die amerikanische Regierung dazu gezwungen, ihre Truppen aus Vietnam und Kambodscha abzuziehen. Persönlich erinnere ich mich insbesondere an eine Reportage über diesen Konflikt: Darin sah man amerikanische Soldaten mit einem noch fast halbwüchsigen gefangenen Kambodschaner eine Strasse entlang laufen. Plötzlich zog ein Soldat seine Pistole und schoss den Kambodschaner in den Kopf, worauf dieser tot zusammenbrach. Für mich war dies das erste Mal, dass ich so etwas sah. Diese Bilder verfolgen mich noch heute. Diese Reportage entschied, vielleicht mehr als alle anderen Berichte über die Kriegsgeschehnisse, den Vietnamkrieg. Die Bilder gingen um die Welt. Die Reportage löste in den USA zum ersten Mal namhaften Widerstand gegen den Vietnamkrieg aus.

Die amerikanische Armee hatte ihre Lektion gelernt. Zwar bestand diese nicht darin, zu begreifen, dass Foltern und Töten von Kriegsgefangenen falsch sind. Denken wir nur an die erschütternden Bilder aus Abu Ghraib, wo amerikanische Soldaten und Geheimdienstangehörige gefangene Araber an genau dem Ort folterten, an dem bereits zuvor Saddam Hussein seine Gefangenen foltern liess. Vermutlich war dies „praktisch“, da die benötigten Folterinstrumente bereits vor Ort zur Verfügung standen.

Was die Amerikaner aus der Vietnamreportage gelernt hatten, war, dass solche Verbrechen nicht vor laufender Kamera begangen werden sollten, da dies sonst nachteilige Konsequenzen

zeitigen könnte. Nach der Veröffentlichung der Bilder aus Abu Ghraib wurden denn auch nicht diejenigen verfolgt, die diese Gräueltaten begangen hatten, und noch weniger jene, die sie angeordnet hatten. Die volle Härte des Gesetzes bekamen vielmehr die Armeeangehörigen zu spüren, die aus Gewissenskonflikten zu Whistleblowers wurden und die Geschehnisse an die Öffentlichkeit brachten.

So wurden im zweiten Irak-Krieg zum ersten Mal Journalisten in die Armee „eingebettet“. Vordergründig geschah dies zu ihrem eigenen Schutz, aber dieser Schutz hatte einen hohen Preis. Jeder Artikel, den ein eingebetteter Journalist schrieb, musste zunächst von der militärischen Obrigkeit gutgeheissen werden, bevor er veröffentlicht werden konnte. Damit erhielt die Armee eine weitgehende Kontrolle darüber, welche Berichte an die Öffentlichkeit gelangten und welche nicht.

Beeinflussung der öffentlichen Meinung als Werkzeug der US Geheimdienste

Doch damit nicht genug: Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde ebenso zum Werkzeug der US Geheimdienste wie die Orchestrierung von Regimewechseln. In diesem Sinne wurden in den letzten Jahren die Redaktionen auflagestarker Zeitschriften weltweit unter enormen Druck gesetzt, damit sie nur Artikel veröffentlichen, die die politisch opportune Meinung widerspiegeln. Dies bekam zum Beispiel der kürzlich verstorbene Dr. Udo Ulfkotte zu spüren, der ein gefeierter Journalist und Kollege von Udo Lüders war. Dr. Ulfkotte war viele Jahre lang Nahostkorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Als er seine journalistische Arbeit nicht länger mit seinem Gewissen vereinbaren konnte und anfangs, seine Erfahrungen unbeschönigt der Öffentlichkeit kundzutun, wurde er über Nacht vom gefeierten Journalisten zum politischen und beruflichen Outcast. Ulfkotte schreibt über sich selbst (<http://www.activistpost.com/2017/01/reporter-udo-ulfkotte-exposed-governments-creating-fake-news-war-propaganda-found-dead.html>): „I've been a journalist for about 25 years and I was educated to lie, to betray and not to tell the truth to the public“. Dr. Ulfkotte starb noch sehr jung vor wenigen Monaten. Sie finden seinen ungeschminkten Bericht zum Thema der Beeinflussung des „freien“ Journalismus im lesenswerten Buch: „Gekaufte Journalisten: Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken“ (Kopp Verlag, 2014).

Bevormundung des Internets

Die angestrebte fast grenzenlose Kontrolle über jegliche politische Berichterstattung wäre durch die Gleichschaltung der Massenmedien zweifelslos erreicht worden, gäbe es nicht das Internet. Da tummeln sich einfache Bürger ohne Presseausweise, die in ungeschminkten Worten berichten, was ihnen zugestossen ist oder was sie beobachten konnten. Ebenso finden sich dort viele desillusionierte Journalisten, wie Ulfkotte, die es nicht länger ertragen können, sich Vereinnahmungen zu lassen und ihre Leserschaft zu täuschen. Schliesslich begegnen wir dort auch hochrangigen ehemaligen Politikern, wie zum Beispiel Dr. Paul Craig Roberts, Assistant Secretary of the Treasury unter President Ronald Reagan. Dr. Roberts wurde mit dem Treasury Department's Meritorious Service Award „for his outstanding contributions to the formulation of United States economic policy“ ausgezeichnet. Heute ist er einer der bekanntesten Exponenten der politischen Opposition, die von der Regierung verbreitete Fabrikationen aufdecken und als solche entlarven. Sie alle werden von Politikern und den gleichgeschalteten Massenmedien als Verbreiter von „Fake News“ abgestempelt. Dr. Roberts bezeichnet diese verächtlich als „Presstitutes“.

Sogenannte „Fake News“

2017 gibt es Bestrebungen, Webanbieter, die es zulassen, dass sogenannte „Fake News“ auf ihren Webseiten publiziert werden, mit hohen Strafen zu belegen, wobei selbstverständlich die Regierungen allein entscheiden, was „Fake News“ sind, und was nicht. Damit wäre dann wohl auch das letzte Törchen zur Richtigstellung fabrizierter Nachrichten geschlossen. Mission accomplished!

Michael Lüders

Die den Sturm ernten - Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte

Verlag: H. C. Beck

ISBN 978-3-406-70780-3